

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bauhen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

**Veränderungswörter:** Schon Montag abends für den folgenden Tag.  
**Abonnement:** In der Geschäftsstelle monatlich 2.25, bei Vorzahlung im Voraus monatlich 2.25, durch die Post monatlich 2.50 — ohne Zustellungsgebühr.  
Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfach-Nr.:** Post Leipzig Nr. 21542. — **Gemeindefach:** verbandsgemeinschaftliche Bischofswerdaer Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. 10 Sp. 14) über deren Raum 20 Pfg., betriebl. Anzeigen 30 Pfg. Im Exp. teil (Zm. 10 Sp. 14) 220 Pfg., die 4-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach stehenden Sätzen. — **Umsätze:** Anzeigen die 6-spaltige Zeile 120 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Wochentage wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 221.

Mittwoch, den 22. September 1920.

75. Jahrgang.

## Die Hilfsaktion der sächsischen Landwirte zur Verbilligung der Kartoffelpreise.

Ein Auszug aus dem Bericht des Sächsischen Landwirteverbandes.  
SZ. Dresden, 21. September. Eine Vertreterversammlung des Verbandes Sächsischer Landwirte hat beschlossen, die sächsischen Landwirte aufzufordern, von jedem Hektar ihrer Kartoffelbaufläche 10 Zentner Kartoffeln zum Preise von 30 M abzugeben. Zur Durchführung dieser Hilfsaktion wendet sich der Verband Sächsischer Landwirte an die ihm angeschlossenen Körperschaften mit folgender Auforderung:

Die Ernährungsminister der deutschen Länder traten am 1. September 1920 im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu einer Besprechung über die Ernährungslage zusammen. Reichsminister Dr. Hermes äußerte sich hierbei dahin, daß mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft die Verantwortlichkeit der deutschen Landwirtschaft eine größere und unmittlbarere werde, als zur Zeit der Zwangswirtschaft. Die Landwirte müssen sich in allen ihren Dingen ihrer Verantwortung bewußt sein und daraus die Aufgabe ableiten, einen Verbraucherschutz zu organisieren, der das deutsche konsumierende Volk vor einer übertriebenen Preisbildung und vor dem Mangel an Nahrungsmitteln zu schützen vermag.

Die sächsische Landwirtschaft, zusammenschlossen in den Verband Sächsischer Landwirte, ist sich dieser im Interesse des allgemeinen Wohles liegenden Aufgabe voll bewußt. Sie hat sich aus der teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft die Forderungen gezogen und ist bereit, die verbrauchende Bevölkerung vor einer übertriebenen Preisbildung, soweit es an ihr liegt, zu schützen.

Deshalb erklärt sie, daß sie in der Erwartung, daß der Verbraucherschutz auch gegenüber von Handel und Industrie durchgeführt wird, auf dem Gebiete der Kartoffelbewirtschaftung gewillt ist, ihre Erzeugnisse unter Rücksichtnahme eigener Interessen zu einem Preise abzugeben, der weit unter dem Grundpreis liegt, der sich nach der Feststellung der sogenannten Indext Kommission — bekanntlich einem Kollegium, das sich aus den Sachverständigen der Sachverständigen aller Kreise von Erzeugern und Verbrauchern zusammensetzt — auf Grund der sorgfältigsten Untersuchungen ergeben hat.

Nach dem Indextverfahren betragen die Preise für den Zentner Kartoffeln auf Grund des Produktionskostenstandes vom 1. 1. 20 bereits auf 25 M. Wie die Kommission indes weiter festgestellt hat, haben allein in der Zeit vom 1. 1. 20 bis 1. 6. 20 sich die Produktionskosten um 60 % erhöht. Infolgedessen wäre der Erzeugerpreis für einen Zentner nach dem Stande vom 1. 7. 20 auf weit mehr als 35 M festzusetzen gewesen. Aber auch dieser Preis würde die tatsächlichen Erzeugerkosten keineswegs decken, weil sich durch die Weiterverlagerung der Lufkosten und insbesondere durch die am 1. 8. 20 in Kraft getretene Erhöhung der Tariflöhne, die Erzeugerkosten noch weiter nicht unwesentlich erhöht haben. Es wäre deshalb nach dem Standpunkt der Indext Kommission ein Zentnerpreis von 30,10 M bis 30,20 M nur angemessen gewesen; dies wohlgerne immer nur unter der Voraussetzung einer Normalernte, die leider nach dem unünftigen Wetter der letzten Wochen in Sachsen nicht zu erwarten ist, sondern zweifellos unter mittel sein wird; außerdem würden sich auch diese Preise nur als Durchschnittspreise verstehen, denn in Wahrheit sind sie, wie schon in Friedenszeiten, je nach Ortlichkeit und Bedarf verschieden.

Hierzu hat die sächsische Landwirtschaft durch die Vertreterversammlung des Verbandes Sächsischer Landwirte folgendes zu erklären:

Die sächsische Landwirtschaft trägt der Anregung des Herrn Reichsministers, die Verbrauchermittel vor einer übertriebenen Preisbildung zu schützen, schon dadurch Rechnung, daß sie ihr die Kartoffeln zu einem Grundpreis von 30 M zur Verfügung stellt, der weit unter den Erzeugerkosten liegt. Besonders groß ist dieses Mitgegenkommen bei den Landwirten des Erzgebirges und des Vogtlandes, die besonders mit weit schwierigeren und unsichereren Verhältnissen zu arbeiten haben.

Dem Verband Sächsischer Landwirte ist bekannt, daß es auch unter den Landwirten nicht an Stimmen fehlt, die sich für billigere Kartoffelpreise als 30 M ausgesprochen haben, allein das kann für die hier einzeln in Betracht kommende Frage, welche Preise im Freistaat Sachsen als angemessen zu bezeichnen sind, maßgebend sein. Soweit solche

Stimmen aus außer-sächsischen Gegenden kommen, ist zu beachten, daß teilweise besonders gute Ernten vorliegen mögen. Teilweise kommen solche Stimmen jedoch auch aus Ländern, die als Kartoffelerzeugungsgebiete kaum in Betracht kommen. Aber auch soweit im Freistaat Sachsen vereinzelte Landwirte sich dahin ausgesprochen haben, daß Preise von 30 M zu hoch seien, kann das nicht maßgebend sein. Solche Meinungen werden bisweilen von Landwirten geäußert, die, sei es aus persönlichen Gründen, sei es aus Populäritäts-häuferei ihre Erzeugnisse bewußt unter den Erzeugerkosten abgeben; andere wieder handeln in Unkenntnis ihrer eigenen Wirtschaftsverhältnisse. Hierbei kommen besonders die kleinen Besitzer in Betracht, die noch immer ohne Lohnarbeiter auskommen und auch jetzt noch mit Hilfe ihrer Familienangehörigen weit über den Achtstundentag hinaus arbeiten, ohne sich und ihre Angehörigen nach den Lohnstarfen zu entschließen. Sachverständige für die hier zu entscheidende Frage können allein die erwähnten Vertreter der praktischen Landwirtschaft Sachsens sein. Der Verband Sächsischer Landwirte muß bedauern, daß die Staatsregierung sich nicht veranlaßt gesehen hat, Vertreter dieser wirtschaftlichen Vereinigung bei Lösung dieser Wirtschaftsfrage heranzuziehen, zumal da ihr bereits eine Reihe schriftlicher Unterlagen zugänglich gemacht worden sind, aus denen sie die Unmöglichkeit einer weiteren Preisentlastung hätte erkennen können.

Die Vertreterversammlung des Verbandes Sächsischer Landwirte nimmt dabei auch Gelegenheit, ihr Bedauern auszusprechen, daß die sächsische Regierung der Öffentlichkeit noch immer die Rentabilitätsberechnung ihrer eigenen Staatsgüter vorenthält; daraus würde mit Sicherheit hervorgehen, daß unter Berücksichtigung der für die Privatwirtschaft geltenden Grundpreise der Zentnerpreis für die Kartoffeln weit über 30 M betragen müßte.

So bereitwillig die Landwirtschaft dem Gedanken des allgemeinen Abbaues der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse näher tritt, so sehr muß sie doch auch von der Regierung verlangen, daß dieser Abbau nicht einseitig bei den Erzeugnissen der Landwirtschaft halt macht, sondern daß unbedingt auch ein Preisabbau bei ihren Produktionsmitteln in Angriff genommen wird. Dazu sind zu rechnen nicht nur Düngemittel, Maschinen, Kleidung, Baustoffe und Rohlen, sondern auch die Löhne und Aufwendungen für die staatlichen Beförderungsmittel (Frachten); gerade bei den letzteren ist jedoch die Schraube unter Mitwirkung der Regierung besonders angezogen worden.

Freilich glaubt die Vertreterversammlung die Öffentlichkeit auch darüber aufklären zu müssen, daß bei dem nunmehrigen Zentnerpreis von 30 M die Einnahmen des Landwirtes nicht mehr ausreichen, um die landwirtschaftlichen Betriebe in der bisherigen intensiven Weise aufrechtzuerhalten; da die geringen Einnahmen die für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft unbedingt erforderlichen Ausgaben nicht mehr decken, so muß die Wirtschaftsweise die nächstjährige Ernte zweifellos ungünstig beeinflussen.

Trotzdem will jedoch die sächsische Landwirtschaft noch ein übriges tun: um der besonderen Not der wirklich minder-bemittelten Bevölkerung — das sind in der Hauptsache die Rentner, die Rentenempfänger, die Pensionäre, die Witwen und Waisen, sowie die mannigfach unzureichend bezahlten Festbesoldeten — zu steuern, empfiehlt sie ihren Berufsgenossen, von jedem Hektar der Kartoffelbaufläche mindestens 10 Zentner Kartoffeln zum Preise von je 20 M der Allgemeinheit zur Verteilung an diese notleidenden Kreise zur Verfügung zu stellen.

Der Verband Sächsischer Landwirte ist sich wohl bewußt, daß er seinen Mitgliedern so wenig einen Zwang auferlegen darf, wie er einen solchen seitens der Regierung zurückweisen müßte. Er ist sich aber auch dessen vollkommen bewußt, daß ein Appell an die Opferwilligkeit der sächsischen Landwirte noch niemals verfehlt hat.

## Beschleunigte Erhebung der Vermögenssteuern

Berlin, 20. September. (B. T. B.) Der Staatssekretär Roese aus dem Reichsfinanzministerium befindet sich gegenwärtig auf einer Dienstreise, um mit den Präsidenten der Landesfinanzämter über eine beschleunigte Erhebung der Besitzsteuer und besonders des Reichsnotopfers sich zu beraten. Im Laufe dieser Woche finden Besprechungen in Bayern, Thüringen und Sachsen statt.

## Die Verkehrsdiiktatur.

München i. B., 20. September. (B. T. B.) Hier liegt eine große Menge Kartoffeln bereit, die von der Reichs-

toffstelle zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung von Dortmund bestimmt ist. Die Verladung kann jedoch nicht erfolgen, da die Eisenbahner die Verladung nicht zulassen.

## Die Krisis im Reichskabinett.

Wie die „Post“ Jtg. erzählt, wird Vizetanzler Dr. Heinze demnächst zum Gesandten in Bulgarien ernannt werden. Das Amt des Vizetanzlers, das der Deutschen Volkspartei vorbehalten bleibt, soll dem Reichswirtschaftsminister Schulz übertragen werden. Das Reichsministerium soll wieder mit einem Mitglied der Deutschen Volkspartei besetzt werden. Weitere Veränderungen im Reichskabinett stehen zunächst nicht bevor. Die Krise im Reichsfinanzministerium darf bereits als beigelegt gelten. Es ist ziemlich sicher, daß die Differenzen zwischen Reichsfinanzminister Dr. Birtz und einigen anderen Mitgliedern des Kabinetts beigelegt werden, ohne daß ein Wechsel eintreten wird.

Die „Post“ schreibt zu diesen Gerüchten: „Die Rücktrittsgedanken Dr. Heinzes scheinen wohl darauf zurückzuführen zu sein, daß nach seiner Auffassung ein Teil der Deutschen Volkspartei mit seiner Haltung in Spa nicht so zufrieden wäre, wie er es glaubte annehmen zu dürfen. Heinze hofft nun, einen alten Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen und in das Lager der Diplomaten überzutreten. Unter der alten vorevolutionären Regierung war Dr. Heinze als Reorganisationschef des türkischen Justizwesens tätig und wollte später unter der nachrevolutionären Regierung als Gesandter nach Bulgarien gehen. Auch jetzt scheint Dr. Heinze noch mit diesem Posten zu rechnen. Von der Regierungseite war über das Gerücht eines etwaigen Rücktrittes Heinzes von der Vizetanzlerschaft nichts Authentisches zu erfahren. Auch auf Seiten der Deutschen Volkspartei ist von einem positiven Schritt bisher nichts bekannt.“

Nach der „Tägl. Rundschau“ entbehren die Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage.

## Das italienische Betriebsrätegesetz.

Rom, 20. September. (B. T. B.) Im Ministerium des Innern hatte Giolitti eine Besprechung mit den Vertretern der Industriellen und den Arbeitern. Nach Schluß der Sitzung wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Da die gewerkschaftlichen Verbände eine Kontrolle der Betriebe zum Zwecke der Steigerung der Produktion und der Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens für notwendig erachten, und sich der Einführung der Kontrolle nicht widersetzen, wird ein Ausschuss gebildet, der Vorschläge unterbreiten soll für ein von der Regierung auszuarbeitendes Gesetz. Die industriellen Organisationen sollen auf der Grundlage der Beteiligung der Arbeiter bei der technischen und finanziellen Kontrolle sowie an den Verwaltungen der industriellen Unternehmungen abgebaut werden. Diese Vorschläge sollen sich auch erstrecken auf die Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Die Arbeiter werden die Arbeit wieder aufnehmen.

Nach der Besprechung im Ministerium des Innern setzen die Industriellen und Arbeiter eine schriftliche Erklärung auf, die betont, daß die Arbeiter rückwirkende Kraft der Vereinbarungen vom 1. Juli d. J. und die Bezahlung der Tage der Arbeitsverweigerung, sowie des ihnen erwachsenen Schadens fordern, die Industriellen aber diese Forderungen ablehnen, daß daher beide Teile den Beginn der Geltung des neuen Abkommens auf den 15. Juli d. J. festsetzen und jede Entschädigung für die Tage der Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter ausschließen. Die Erklärung bezeugt den Industriellen, daß sie Giolittis Formel über die Entlassung von Arbeitern als ihnen gemachte Vorschrift hinnehmen.

„Messagero“ hört, daß der Allgemeine Arbeiterverband die Arbeiter angewiesen habe, die besetzten Fabriken zu räumen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Arbeiterverband versichere, daß die Ordnung gewahrt bleiben werde.

## Eine Botschaft

### des Bürgermeisters von Cork.

wtb. Amsterdam, 21. September. (Drahtbericht.) Wie die englischen Blätter melden, hat der Bürgermeister von Cork am 14. Tage seines und seiner Kameraden Hungerstreiks, an die gesamte Welt eine Botschaft gerichtet, in der er erklärt, daß er nicht glauben könne, daß das englische Volk diesen gefühllosen Mord zulassen werde. Sollte aber, das britische Volk keine Macht über seine Regierung haben, so würden die Gefangenen um Irlands Willen gern sterben.

London, 20. September. (B. T. B.) Einer Neuter-meldung zufolge ist der Bürgermeister von Cork sehr schwach,